Liebe Leserinnen und Leser,

liebe Interessierte an einer neuen Handelspolitik,

Ende April veröffentlichte der Europäische Gerichtshof (EuGH) sein lange
erwartetes Gutachten zum EU-Kanada-Abkommen CETA. Der EuGH musste die
Frage beantworten, ob die in CETA vorgesehene
Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit (ICS bzw. ISDS) mit dem EU-Recht
vereinbar ist. \*Der Gerichtshof beantwortete die Frage mit „Ja“ und hat
damit den Weg freigemacht für Sonderklagerechte für Konzerne. \*

Damit steht fest: Wenn die Parlamente aller EU-Mitgliedsstaaten CETA
ratifiziert haben, können in Kanada ansässige Konzerne EU-Staaten auf
Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe verklagen, wenn sie ihre
Profite durch Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher\*innen oder der Umwelt
gefährdet sehen. Umgekehrt können europäische Konzerne auch Kanada
verklagen.

\*Als Netzwerk Gerechter Welthandel enttäuscht uns das Urteil des EuGH
sehr, wir lassen uns davon jedoch von unserem Einsatz gegen neoliberale
Handelsabkommen, gegen Sonderklagerechte für Konzerne und gegen die
Ratifizierung von CETA nicht abbringen.\* Denn einerseits sind die
juristischen Fragen zur Schiedsgerichtsbarkeit noch nicht restlos
geklärt, andererseits enthält das Abkommen zahlreiche weitere
problematische Inhalte. Bis zur vollständigen Ratifizierung des
Abkommens sind noch einige Hürden zu überwinden – diese wollen wir für
unseren Gegenwind nutzen!

Weitere Informationen zur EuGH-Entscheidung sowie zu weiteren aktuellen
handels- und investitionspolitischen Ereignisse sowie Hinweise auf
relevante Publikationen und Termine erhalten Sie in diesem Newsletter.

\*+ + + CETA bleibt eine Gefahr für Umwelt- und Verbraucherschutz,
Sozialstandards und Demokratie + + + \*

Mit seinem Urteil vom 30. April hat der Europäische Gerichtshof (EuGH)
den Weg freigemacht für Sonderklagerechte von Konzernen in
EU-Handelsabkommen, die dem Streitschlichtungsmechanismus im
CETA-Abkommen (ICS) entsprechen. Doch damit ist unsere Kritik an dieser
Paralleljustiz sowie an CETA keineswegs überflüssig geworden. Denn \*CETA
ist und bleibt ein schlechtes Abkommen\*, wie wir in unserer
Pressemitteilung
<[2019/04/30/ceta-eugh-pm/">https://www.gerechter-welthandel.org/2019/04/30/ceta-eugh-pm/](https://www.gerechter-welthandel.org/%3Cspan%20class%3D)>
darlegten: Es schränkt den Handlungsspielraum von Kommunen ein und
gefährdet die öffentliche Daseinsvorsorge. Es schützt das
Vorsorgeprinzip nur unzureichend und genügt nicht den Ansprüchen an ein
nachhaltiges Abkommen, das Umwelt- und Klimaschutz vorantreibt und
Menschenrechte respektiert. Kurzum: „Da können nur Investoren jubeln“,
schrieb Alessa Hartmann von PowerShift in einem Gastbeitrag in der taz
<[https://www.taz.de/Gastkommentar-EuGH-Urteil-zu-Ceta/!5590065/](https://www.taz.de/Gastkommentar-EuGH-Urteil-zu-Ceta/%215590065/)>.

\*„Nicht alles was legal ist, ist auch gut“\*, kommentierte das
Umweltinstitut München
<<http://www.umweltinstitut.org/aktuelle-meldungen/meldungen/2019/ceta-laut-eugh-mit-europaeischen-vertraegen-vereinbar.html>>
die Entscheidung des EuGH. Und Roman Huber, Bundesvorstand von Mehr
Demokratie
<<https://www.mehr-demokratie.de/presse/einzelansicht-pms/news/eugh-sieht-paralleljustiz-in-ceta-als-unproblematisch-jetzt-ist-die-politik-am-zuge/>>,
wies darauf hin, dass „nach der juristischen Entscheidung die Politik
wieder am Zuge“ ist: „\*CETA muss noch in 16 Mitgliedstaaten ratifiziert
werden\*. In Deutschland steht außerdem noch eine Entscheidung des
Bundesverfassungsgerichts aus.“

Die NaturFreunde Deutschlands
<<https://www.naturfreunde.de/eugh-gutachten-zu-ceta-schiedsgerichten-ist-nicht-plausibel>>
appellieren insbesondere an die Grünen und Linken, die die Proteste
gegen TTIP und CETA in der Vergangenheit immer unterstützt haben: „In
den nächsten Monaten und Jahren geht es darum, die Ratifizierung von
CETA im Deutschen Bundestag und im Bundesrat zu verhindern. \*Von den
Bundesländern, in denen Grüne und Linke mitregieren, erwarten die
NaturFreunde Deutschlands, dass sie im Bundesrat einer
CETA-Ratifizierung nicht zustimmen werden.\*“

Auch für die juristischen Diskussionen über die Zukunft des
Investitionsschutzes ist die Entscheidung des EuGH von großer Bedeutung.
Das Gutachten „stärkt [...] die Bemühungen der EU-Kommission, einen
Multilateralen Investitionsgerichtshof auf globaler Ebene zu etablieren
und bestätigt die Kommission in ihrem Ansatz, in CETA den ‚Golden
Standard‘ zu sehen“, schrieb der Völkerrechtler Markus Krajewski in
seinem  Beitrag im Verfassungsblog
<<https://verfassungsblog.de/ist-ceta-der-golden-standard-eugh-haelt-ceta-gericht-fuer-unionsrechtskonform/>>.
\*Mit dem Gutachten gibt der EuGH demnach nicht nur seinen Segen für
CETA, sondern auch für die Ausweitung des EU-Investitionsschutzregimes
durch die Errichtung eines globalen Investitionsgerichtshofes.\* Diese
Ausweitung gilt es jedoch zu verhindern! Wir brauchen nicht mehr
Sonderrechte und mehr Zugänge zu einer Paralleljustiz für Konzerne,
sondern ein globales System, das Konzerne in die Pflicht nimmt und
stattdessen Mensch und Umwelt schützt.

\*In den nächsten Monaten werden wir daher unsere Aktivitäten zur
Kampagne „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!“
<<https://stopisds.org/de/>>\* \*intensivieren\*. Über 560.000 Menschen haben
bereits die Petition unterschrieben – helfen Sie mit, dass wir vor den
EU-Wahlen 600.000 Unterschriften erreichen! \*Anregungen und Ideen, wie
Sie über die Online-Petition hinaus in der Kampagne aktiv werden und
sich gegen Sonderklagerechte für Konzerne engagieren können, finden Sie
in einem aktuellen Blog-Beitrag
<<https://stopisds.org/de/fuenf-wege-um-aktiv-gegen-isds-unternehmensstraflosigkeit-vorzugehen/>>\*.

\*+ + + Appell an die hessischen Grünen: Nein zu CETA! + + + \*\*\*

Am letzten Samstag trafen sich die hessischen Grünen zur
Landesmitgliederversammlung in Frankfurt. \*Die hessischen Bündnisse im
Netzwerk Gerechter Welthandel waren gemeinsam mit Greenpeace vor Ort und
erinnerten mit einem Offenen Brief und Bannern daran, dass es \*– neben
den Sonderklagerechten für Konzerne – \*noch zahlreiche gute und wichtige
Gründe gibt, CETA abzulehnen. \*

Auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung standen zwei Anträge zu
CETA: Der eine rechtfertigte den bisherigen Schlingerkurs „Nein zu CETA,
aber kein Nein zu CETA im Bundesrat“, der andere Antrag forderte
Gespräche mit dem Koalitionspartner CDU ein, um eine Enthaltung im
Bundesrat zu erreichen. Trotz eindeutiger Appelle im Saal „Echte Grüne
würden Gen-Lachs stoppen! Nein zu CETA!
<<https://www.greenpeace.de/themen/umwelt-gesellschaft-wirtschaft/handelsabkommen/farbe-bekennen>>“
und der persönlichen Aufforderung an den grünen hessischen
Wirtschaftsminister „Tarek, bleib grün!“ \*stimmte die eindeutige
Mehrheit der Mitgliederversammlung dafür, als „verlässliche Partei“ den
im Koalitionsvertrag mit der CDU festgelegten Kurs nicht zu verlassen.
Es ist also davon auszugehen, dass die hessischen Grünen das Abkommen im
Bundesrat nicht scheitern lassen. \*Die Frankfurter Rundschau
<<https://www.fr.de/frankfurt/parteitag-frankfurt-sigrid-erfurth-philip-kraemer-sind-neue-parteichefs-gruenen-hessen-12273929.html>>
berichtete über die Mitgliederversammlung und die Proteste gegen CETA.

Alle Informationen zum Offenen Brief der lokalen Bündnisse und
Initiativen gibt es unter www.ceta-im-bundesrat.de
<<https://www.ceta-im-bundesrat.de/>>. \*In Kürze wird es dort auch für
weitere Gruppen und Einzelpersonen möglich sein, den Offenen Brief
online zu unterstützen.\*

\*+ + + Wahlprüfsteine zur Europawahl + + + \*

Schon Ende nächster Woche wird das neue EU-Parlament gewählt. \*Welche
Handels- und Investitionspolitik ist von den Parteien und Kandidat\*innen
in der kommenden Legislaturperiode zu erwarten?\* Welche Partei steht für
ein „Weiter so“ der neoliberalen Globalisierung, welche Partei setzt
sich für einen global gerechten und solidarischen Welthandel ein? Wir
haben nachgefragt und die Antworten der Parteien auf unserer Webseite
<[2019/04/18/wahlpruefsteine-zur-eu-wahl-wie-stehen-die-parteien-zur-handels-und-investitionspolitik">https://www.gerechter-welthandel.org/2019/04/18/wahlpruefsteine-zur-eu-wahl-wie-stehen-die-parteien-zur-handels-und-investitionspolitik](https://www.gerechter-welthandel.org/%3Cspan%20class%3D)>
veröffentlicht.

Wer sich dafür einsetzen will, dass der Einfluss von Konzernen in der
EU-Politik – beispielsweise beim Aushandeln von Handelsabkommen –
zurückgeht und stattdessen die Zivilgesellschaft gestärkt wird, kann
sich an der aktuellen Kampagne „Europa nicht den Konzernen überlassen!“
<<https://www.lobbycontrol.de/2019/03/europa-nicht-den-konzernen-ueberlassen/>>
von LobbyControl beteiligen.

\*+ + + Verfassungsbeschwerde gegen EU-Singapur + + + \*

Ein Bündnis aus \*Mehr Demokratie\*, \*Campact\* und \*foodwatch\* reichte
gestern eine Verfassungsbeschwerde gegen das EU-Singapur-Handelsabkommen
(EUSFTA) ein. \*13.303 Bürgerinnen und Bürger hatten sich der
Verfassungsbeschwerde unter dem Motto „Für demokratische
Handelsabkommen: Stop EU Only!“ angeschlossen.\* Denn mit dem Abschluss
dieses Abkommens ohne die Beteiligung der Parlamente der Mitgliedstaaten
überschreitet die Europäische Union ihre Zuständigkeiten. Denn die EU
setzt darin ein Ausschuss-System ein, so genannte Vertragsgremien. Diese
werden völkerrechtlich bindende Beschlüsse fassen – ohne
parlamentarische Kontrolle und damit an den Bürgerinnen und Bürgern
vorbei. Das EU-Singapur-Abkommen steht dabei exemplarisch für eine neue
Art der Freihandelsabkommen, an denen der Bundestag nicht beteiligt ist.
\*Solche demokratisch nicht-legitimierten Handelsabkommen bestimmen
maßgeblich unser Leben mit, sei es bei der Kennzeichnung von
Lebensmitteln oder der Liberalisierung von Dienstleistungen. \*

Die Verfassungsbeschwerde richtet sich keineswegs „gegen die Europäische
Union und auch nicht gegen internationalen Handel“, sagte Roman Huber,
Bundesvorstand von Mehr Demokratie, in der gemeinsamen Pressemitteilung
<<https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Stop_EU-only/2019-05_16_PM_Verfassungsbeschwerde_EU-Singapur-Abkommen.pdf>>.
„Gerade weil wir für Europa sind, kritisieren wir die neuen europäischen
Handelsverträge“, so Thilo Bode, Geschäftsführer von foodwatch
International. Denn diese Abkommen „sind ein Türöffner für einen noch
stärkeren Einfluss von Konzerninteressen auf die Politik in Europa – zum
Nachteil von Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz“.

Nun muss das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe prüfen, ob „EU only“
mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar ist.

Weitere Infos sowie Links zur Verfassungsbeschwerde und
Hintergrundinformationen gibt es unter www.verfassungsbeschwerde.eu
<<http://www.verfassungsbeschwerde.eu>>.

\*+ + + TTIP reloaded + + +\*

Fast unbeachtet von der Öffentlichkeit fanden letzte Woche Gespräche für
ein neues Handelsabkommen der EU mit den USA statt. Grundlage dafür sind
zwei Verhandlungsmandate, die der EU-Ministerrat Mitte April
verabschiedet hat. Zum ersten Mal in der Geschichte der
EU-Handelspolitik wurde die Zustimmung zu den Mandaten nicht im Konsens
erreicht, sondern per Mehrheitsbeschluss gegen die Stimme Frankreichs
durchgesetzt (Belgien hat sich enthalten). \*Ein deutliches Zeichen
dafür, dass es sich bei TTIP 2.0 um ein umkämpftes Projekt handelt!
\*Frankreich befürchtet unter anderem den Einbezug der Landwirtschaft in
die Verhandlungen und damit vor der Wahl zum EU-Parlament das
Wiederaufflammen der Diskussionen um Chlorhühnchen, Hormonfleisch & Co.
Der Landwirtschaftsbereich ist zwar von den aktuellen EU-Mandaten nicht
abgedeckt; könnte jedoch jederzeit über das alte TTIP-Mandat wieder auf
dem Verhandlungstisch landen. Dass diese Befürchtung alles andere als
aus der Luft gegriffen ist, bestätigte erst kürzlich Gordon Sondland,
der US-Botschafter bei der EU: \*Ein Handelsabkommen der EU mit den USA
werde nur unter Einbezug der Landwirtschaft zustande kommen\*, sagte er
nach Informationen des Nachrichtenportal Euractiv
<<https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/news/no-trade-deal-without-agriculture-warns-us-ambassador-to-the-eu/>>.

Auch aus zivilgesellschaftlicher Perspektive gibt es deutliche Kritik an
den aktuellen Verhandlungen. Zwölf Organisationen, darunter Attac, BUND,
Campact und Greenpeace, hatten bereits Anfang April einen \*Offenen Brief
an Bundeswirtschaftsminister Altmaier
<<https://www.attac.de/startseite/detailansicht/news/ttip-20-altmaier-muss-eu-mandate-fuer-handelsgespraeche-ablehnen>>\*
veröffentlicht. Darin forderten sie, die Verhandlungsmandate der
EU-Kommission abzulehnen und „in Deutschland einen breiten Prozess zu
gestalten, ob und unter welchen Bedingungen sowie mit welchen Inhalten
Verhandlungen mit den USA geführt werden sollen“.

Doch \*offensichtlich haben Bundesregierung und EU-Kommission aus den
Protesten gegen intransparente Handelsverhandlungen wenig gelernt\*: Die
Arbeitsgruppe, die die aktuellen Verhandlungen vorbereitete, arbeitete
im Geheimen; selbst Informationen über ihre Mitglieder wurden nicht
veröffentlicht. Nach Informationen von LobbyControl ist bei den
Verhandlungen zur regulatorischen Kooperation zudem unklar, auf der
Basis welchen Mandates sie überhaupt stattfinden. Mehr Informationen zur
„skandalösen Intransparenz“ sowie der Kritik an regulatorischer
Kooperation in Handelsabkommen gibt es im Blogbeitrag von LobbyControl
<<https://www.lobbycontrol.de/2019/05/ttip-2-0-exportindustrie-setzt-bundesregierung-unter-druck>>.

\*+ + + Mercosur + + + \*

Diese Woche fanden weitere technische Verhandlungen zum geplanten
Handelsabkommen der EU mit den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien,
Paraguay und Uruguay statt. Aus Sicht der EU-Kommission ist ein
politischer Abschluss der Verhandlungen noch während der Amtszeit der
Handelskommissarin bis Ende Oktober möglich. Auch die Bundesregierung
unterstützt die Verhandlungen weiterhin. Dabei hält die brasilianische
Regierung „an ihren Plänen zur weiteren Entwaldung des Amazonas, der
Missachtung von Indigenen-Rechten, der Absenkung von Umweltstandards in
der Landwirtschaft und im Bergbau sowie der Kündigung des
Klimaabkommens“ fest, wie Markus Wolter (Misereor) und Tobias Reichert
(Germanwatch) in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau
<<https://www.fr.de/meinung/europa-regenwald-bedroht-12200393.html>>
darlegen. Unter diesen Bedingungen halten sie den Abschluss eines
Handelsabkommens mit Mercosur für „unverantwortlich“.

Auch die Wissenschaft hat sich mittlerweile zu Wort gemeldet: Über 600
europäische Wissenschaftler\*innen veröffentlichten, gemeinsam mit zwei
großen Dachverbänden der brasilianischen indigenen Bevölkerung, einen
Brief im Fachmagazin Science
<<https://science.sciencemag.org/content/364/6438/341.1>>. Darin rufen sie
dazu auf, den Schutz der Umwelt und von Menschenrechten in dem Abkommen
sicherzustellen. Die EU solle das Mercosur-Abkommen nur abschließen,
wenn Brasilien die Rechte der indigenen Bevölkerung respektiert und
gemeinsam mit ihr strenge Sozial- und Umweltstandards für Handelsgüter
definiert.

\*+ + + Veröffentlichungen + + + \*

\*Videoclips zu Menschenrechtsverletzungen in der globalisierten Wirtschaft\*

Im April 2013 starben beim Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in
Bangladesch 1135 Menschen. Die Fabrikbetreiber hatten die Angestellten
gezwungen, die Arbeit aufzunehmen, obwohl am Vortag gefährliche Risse in
den Mauern festgestellt worden waren. Der Name Rana Plaza steht seitdem
stellvertretend für viele Menschenrechtsverletzungen in der
Weltwirtschaft, von denen die meisten jedoch kaum in den Fokus der
Medienöffentlichkeit geraten. Attac hat mehrere Videoclips produziert.
Sie unterstreichen die Forderung, Menschenrechte entlang der gesamten
Lieferkette durchsetzbar zu machen.

Die Videoclips sind zu sehen unter

<https://youtu.be/W2kUQUQWgpA> (Textilindustrie)

<https://youtu.be/zRp6457BWgM> (Kohleverstromung)

<https://youtu.be/DkhGBM4wDFM>  (Palmöl)

\*FactSheet – Mit Konzernklagen gegen Umweltschutz\*

Handelspolitik und Umweltschutz hängen zusammen! Das FactSheet von BUND,
attac, dem Forum Umwelt und Entwicklung und PowerShift bietet einen
Überblick über die aktuellen Daten und Fakten zu ISDS-Klagen mit Bezug
zu Umwelt. Es zeigt außerdem anhand einiger Beispiele die negativen
Auswirkungen von Konzernklagerechten auf den Umweltschutz. Besonders
deutlich wird dies im Fall Chevron gegen Ecuador: Chevron hat im
Amazonasgebiet in Ecuador eines der schlimmsten Umweltkatastrophen
verursacht. Gegen die Zahlungen, die das Unternehmen für die Säuberung
der Umwelt leisten sollte, klagte Chevron erfolgreich vor einem
Schiedsgericht! Am 21. Mai, dem 6ten Globalen Anti-Chevron-Tag, werden
wieder weltweit tausende Menschen gegen das Öl-Unternehmen Chevron
protestiert.

Das FactSheet steht hier zum Download bereit:
<https://power-shift.de/wp-content/uploads/2019/05/Mit-Konzernklagen-gegen-Umweltschutz-web.pdf>

Oder bestellen sie die Druckversion mit einer Email an
jeremy.oestreich@power-shift.de <jeremy.oestreich@power-shift.de>

\*10 Dinge, die du über ISDS wissen solltest\*

Das aktuelle Flugblatt bietet eine allgemeinverständliche, knappe und
präzise Erklärung der zehn wichtigsten Punkte, die man über
Investor-Staat-Schiedsverfahren wissen sollte.

Herausgegeben von PowerShift e.V. und Forum Umwelt und Entwicklung

Download unter
[2019/01/10-Dinge-die-du-%C3%BCber-ISDS-wissen-solltest-Webversion.pd">https://power-shift.de/wp-content/uploads/2019/01/10-Dinge-die-du-%C3%BCber-ISDS-wissen-solltest-Webversion.pd](https://power-shift.de/wp-content/uploads/%3Cspan%20class%3D)

\*+ + + Termine + + + \*

Großdemonstrationen „Ein Europa für Alle: Deine Stimme gegen Nationalismus!"

\*19. Mai 2019, 12 Uhr in Hamburg, Berlin, Leipzig, Köln, Frankfurt,
Stuttgart, München sowie in weiteren europäischen Städten\*

Eine Woche vor den EU-Wahlen rufen zahlreiche zivilgesellschaftliche
Organisationen – darunter viele Mitglieder im Netzwerk Gerechter
Welthandel – dazu auf, für die Zukunft Europas und gegen Nationalismus
auf die Straße zu gehen. Gemeinsam streiten sie für die Vision eines
anderen Europas, das unter anderem als Gegengewicht zum massiven
Einfluss der Konzerne fungiert, statt Privatisierung, Deregulierung und
neoliberale Handelsabkommen voranzutreiben.

Alle Informationen unter <https://www.ein-europa-fuer-alle.de/>

Deutscher evangelischer Kirchentag

\*19.-23. Juni 2019, Dortmund\*

Beim diesjährigen evangelischen Kirchentag bietet PowerShift einen
Workshop „Gerechte Handelspolitik - Aktuelle Entwicklungen in der
Handelspolitik, was folgt auf TTIP und CETA“ an. Dieser findet am
Samstag 22.6. um 11:00 Uhr im Zelt 14b statt. Eine Anmeldung ist nicht
erforderlich. Attac ist auf dem "Markt der Möglichkeiten" in der Halle 6
mit einem Stand vertreten. Dort kann die Petition „Menschenrechte
schützen –Konzernklagen stoppen!“ ebenfalls unterzeichnet werden.

Attac-Sommerakademie

\*31. Juli - 4. August 2019, Bochum\*

Unter dem Motto „Vom Leben auf Kosten anderer zum guten Leben für alle!“
finden im Rahmen der Attac-Sommerakademie fast 100 Seminare, Workshops
und Foren statt. Die Teilnehmer\*innen setzen sich mit der neoliberalen
Globalisierung auseinander, entwickeln Alternativen weiter und
diskutieren neue Positionen. Die Sommerakademie ist zentraler Treffpunkt
für Interessierte, Jung und Alt, Attacies und andere Aktivist\*innen
gleichermaßen.

Unser Tipp: An den Vormittagen des 2. und 3. August findet das Seminar
„Handelspolitik verändern: Menschenrechte schützen - Konzernklagen
stoppen“ statt. Es beschäftigt sich am ersten Tag mit der WTO und der
EU-Freihandelsagenda, am zweiten Tag mit Sonderklagerechten für Konzerne
(ISDS & Co.) und dem UN Binding Treaty. Das ideale Seminar für alle, die
sich für die Hintergründe von Investor-Staats-Schiedsverfahren (ISDS)
interessieren und daran arbeiten möchten, Konzernmacht einzudämmen und
stattdessen Menschenrechten Vorrang vor Handels- und Investitionsrecht
zu geben. Und natürlich für alle, die in der aktuellen europaweiten
Kampagne „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!“ aktiv werden
möchten!

Programm und Anmeldung: <https://www.attac.de/sommerakademie/>

Sie wollen noch mehr Informationen zur Handelspolitik? Dann besuchen Sie
unsere Webseite www.gerechter-welthandel.org
<<https://www.gerechter-welthandel.org/>>, unsere Facebook-Seite
www.facebook.com/netzwerkgerechterwelthandel
<<http://www.facebook.com/netzwerkgerechterwelthandel>> oder folgen Sie
uns auf Twitter <https://twitter.com/NetzWelthandel>.

Der nächste Newsletter erscheint in ca. 4-6 Wochen.

\*Falls Sie den Newsletter abbestellen möchten, tragen Sie sich unter
folgendem Link aus:
\*\*https://www.gerechter-welthandel.org/newsletter-abbestellen\*\*aus; oder
schreiben Sie eine Email an: \*\*newsletter@gerechter-welthandel.org\*
<newsletter@gerechter-welthandel.org>\*.\*

Unsere Datenschutzbestimmungen finden Sie unter
<https://www.gerechter-welthandel.org/datenschutzerklaerung>.

Impressum:

Forum Umwelt und Entwicklung

Marienstraße 19-20

10117 Berlin